

Krieg in der Ukraine

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ich mich 1979 der Schifferstadter Gruppe von Amnesty International anschloss, betreuten wir drei gewaltlose politische Gefangene, einen argentinischen Gewerkschafter, eine ägyptische Studentin und einen ukrainischen Schriftsteller. Während die ersten beiden Fälle bald abgeschlossen werden konnten, weil die Gefangenen frei kamen, sollte uns der dritte Fall noch Jahre beschäftigen.

Der ukrainische Literaturkritiker, Journalist und Übersetzer Ivan Svetlichny, geboren 1925 in Luhansk, hatte das Verbrechen begangen, sich für die kulturelle Eigenständigkeit der Ukraine einzusetzen und sich den Versuchen widersetzt, die ukrainische Sprache zu russifizieren. Nach mehreren Inhaftierungen und Hungerstreiks wurde er 1973 zur Höchststrafe von 7 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Verbannung verurteilt wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“. Wir konnten lockeren Kontakt zu ihm halten, zumal wir seinen Aufenthaltsort in der Verbannung kannten, und ihm Päckchen mit Medikamenten, Schreibzeug u.a. schicken, von dem wir wissen, dass es auch ankam. Da er aber in der Haft schwer erkrankte, starb er bald nach seiner Freilassung in den 80er Jahren.

Die Versuche, die ukrainische Sprache und Kultur zu unterdrücken, ziehen sich wie ein roter Faden durch die leidvolle Geschichte der Ukraine. In den 30er Jahren gab es in der SU infolge Misswirtschaft und einer Dürre einen Mangel an Nahrungsmitteln. In der Folge plünderten Truppen Stalins die Getreidevorräte der Ukraine, der Kornkammer der damaligen SU, was eine Hungersnot mit Millionen Opfern zur Folge hatte. 1941 gab es im Großraum Odessa ein Massaker an ukrainischen Juden mit 30.000 Opfern.

Die Versuche, ukrainische Sprache und Kultur zu eliminieren, ziehen sich fort bis in der Gegenwart. So haben wir kurz vor Beginn des Krieges einen Fall von politischer Verfolgung und Diskriminierung von Krimtataren übernommen. Seit der Annexion der Krim durch Russland 2014 erleiden die Tataren dort harte Repressalien, wenn sie pro-ukrainische Ansichten äußern. Das reicht vom Verbot von Veranstaltungen, Verbot ihrer Sprache in der Öffentlichkeit, Hausdurchsuchungen, willkürlichen Verhaftungen bis zu Verschwindenlassen. Eine Gruppe um den Aktivisten Emir-Usein Kuku hat diese Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, was für die Betroffenen lange Haftstrafen von 7 bis 19 Jahren zur Folge hatte.

Diese Fälle gehen derzeit in dem katastrophalen Kriegszustand natürlich völlig unter. Aber Amnesty wurde einmal gegründet als „Anwalt der vergessenen Gefangenen“. Insofern hat auch die Betreuung der Krimtataren ihre Berechtigung, auch wenn das momentan eher marginal erscheint.

- Postkarte an Generalstaatsanwalt der Russ. Föderation in Moskau
- www.amnesty-krim.de